



Tibet Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 Antworten der Freisinger BundestagskandidatInnen

1) Wie bewerten Sie die Menschenrechtslage in Tibet (Tibet = Autonome Region Tibet & autonome Landkreise & Präfekturen in Sichuan, Qinghai, Gansu und Yunnan) und welche Konsequenzen sollten die systematischen Menschenrechtsverletzungen der KP Chinas für die deutsch-chinesischen Beziehungen haben?

CDU/CSU: Die Räume für die ohnehin bereits zahlreichen Einschränkungen unterliegende Zivilgesellschaft in Tibet werden noch enger. Individualrechte werden immer weiter eingeschränkt. Dies betrifft insbesondere bürgerliche und politische Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, aber auch die Religionsfreiheit. Die Maßnahmen zielen auf die „Sinisierung“ der Tibeter. CDU und CSU unterstützen auf vielen Ebenen die Bestrebungen der Tibeter nach religiöser und kultureller Selbstbestimmung und wollen diese Politik auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. In den deutsch-chinesischen Beziehungen setzen sich CDU und CSU weiterhin dafür ein, dass Menschenrechtsfragen offen angesprochen werden. Somit wollen wir auf die chinesische Führung einwirken und eine Verbesserung der Menschenrechtslage erreichen. Weitergehende Maßnahmen wollen wir auf EU-Ebene koordinieren, um eine möglichst einheitliche und wirkmächtige Position gegenüber China einzunehmen. Daher setzen wir uns für eine europäische China-Strategie ein

Mehltretter, SPD: Die Repression in Tibet willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen, allumfassende Überwachung, Umerziehungskampagnen und Reiseverbote in Tibet zur Kenntnis. Auch die kulturellen Rechte der Tibeter*innen werden – wie mit dem „Ethnischen Einheitsgesetz“ vom Mai 2020 – immer stärker beschnitten. Die SPD stellt sich diesen gravierenden Menschenrechtsverletzungen entschieden entgegen.

Ich werde die menschenrechtliche Situation in Tibet auch zukünftig aufmerksam verfolgen und auf die Wahrung internationaler Standards pochen. Die chinesische Regierung muss weiterhin aufgefordert werden, die sprachlichen, kulturellen, religiösen und weiteren Grundrechte der Tibeter:innen zu wahren, Repressionen und Umerziehungskampagnen zu beenden und wegen ihrer Meinungsäußerung inhaftierte Tibeter freizulassen. Wie auch in der Vergangenheit wird die SPD Medien, Politiker*innen und Diplomaten*innen in ihrem Bemühen unterstützen, Zugang nach Tibet zu erhalten.

L. Eckert, Grüne: In Tibet zerstört die chinesische Regierung ganz gezielt tibetische Kultur und Kulturstätten, unterdrückt Tibeter*innen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung und verletzt elementare Bürgerrechte. Die Menschenrechtsverletzungen in Tibet dürfen neben den Orten massiver Unterdrückung wie in Xinjiang oder Hongkong nicht von der internationalen Bildfläche verschwinden. Wir verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Tibet wie in Xinjiang als auch in Hongkong. Wir benötigen klare Gegenstrategien dort, wo China systematisch versucht, internationale Standards wie die Menschenrechte zu schwächen. Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Menschen- oder



*Bürger*innenrechten gehen. Wir GRÜNE halten uns an die "Ein China-Politik" der Europäischen Union und setzen uns für deren Ausrichtung an internationalen Menschenrechten ein.*

Schmidt, FDP: *Die Menschenrechtslage ist aus meiner Sicht sehr problematisch für Tibeterrinnen und Tibeter. Soweit ich es beurteilen kann, müssen sie so etwas wie Zwangsarbeit ausführen, wobei die KP China dies ein Entwicklungsprogramm nennt.*

Wegen der strengen Einreise-Regularien entsteht der Eindruck, dass diese Gebiete bewusst von der Weltöffentlichkeit isoliert werden.

Deutsche Repräsentantinnen und Repräsentanten sollten alle Gelegenheiten des diplomatischen Zusammentreffens mit Vertretern der KP Chinas nutzen, um diese Probleme offen anzusprechen und vor allem, nach Handlungsoptionen zu suchen. Zumindest aus meiner Sicht ist dies keine rein interne Angelegenheit, auch wenn es rein völkerrechtlich betrachtet schwierig zu bewerten ist.

K. Ecker, Freie Wähler: *Tibet gehört zu den Ländern, in denen die Menschenrechte massiv und kaum vergleichbar mit Füßen getreten werden. Das geht u. a. aus dem Bericht "Freedom in the World 2016" hervor. Weiter heißt es dazu: "Wer seine Meinung äußert, riskiert seine Freiheit, oft sogar sein Leben". Somit ist aus meiner Sicht die Menschenrechtslage in Tibet katastrophal. Für die deutsch-chinesischen Beziehungen setze ich insbesondere auf den Dialog, der aber inhaltlich klar und konsequent die bestehende katastrophale Menschenrechtslage deutlich zum Ausdruck bringen muss.*

Huber, AFD: *Die Lage in Tibet ist leider sehr schlecht. Die Absicht der KPC, die tibetische Kultur zu vernichten, ist schon recht weit gediehen. Die wird vor allem durch die Flutung des Landes mit Han-Chinesen von China vorangetrieben. Mandarin, der am meisten gesprochene Dialekt in China, ist auch in Tibet mittlerweile ab der 1. Schulklasse verpflichtend. Durch die Schließung der Klöster, durch politische Besetzung religiöser Posten und Institutionen versucht China die kulturelle Identität weiter auszulöschen. Beispiele dafür sind die Anrede "Seine Heiligkeit Xi Jinping", sowie die häufige öffentliche Darstellungen von KP-Führern, anstelle der religiösen Würdenträger des Landes.*

Die AfD-Fraktion hält eine Art „Magnitsky-Act“, wie ihn der amerikanische Präsident Barack Obama 2012 in den USA eingeführt hat, für sinnvoll. Die Appeasementpolitik der derzeitigen Regierung funktioniert mit China ganz offensichtlich nicht.

Graßy, DIE LINKE: *Wir beobachten auch weiterhin Einschränkungen der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte in China. Diese Einschränkungen müssen in einem Dialog mit der chinesischen Regierung angesprochen und klar und deutlich benannt werden. Eine westliche Konfrontationspolitik gegenüber China, die sich der Menschenrechte instrumentell bedient, um einen neuen Kalten Krieg heraufzubeschwören, lehnt DIE LINKE ab.*



2) Werden Sie sich mit dem neuen Präsidenten der tibetischen Exilregierung (CTA) Penpa Tsering, treffen und dafür eintreten, dass Vertreter*innen der Bundesregierung mit Herrn Tsering zusammentreffen?

CDU/CSU: *In Gesprächen mit Vertretern der chinesischen Regierung wird China aufgefordert, den Dialog mit den Tibetern zu suchen. In diesem Zusammenhang vertreten CDU und CSU zugleich die Ein-China-Politik der Bundesregierung und sehen Tibet als integralen Bestandteil Chinas an. Die tibetische Exilregierung ist international nicht als rechtmäßige Regierung anerkannt. Daher wäre ein Treffen der Bundesregierung mit dem Präsidenten der CTA mit der Ein-China-Politik nicht vereinbar. Für andere außen- und menschenrechtlichen Vertreter von CDU und CSU ist es von größerer Bedeutung, sich aus möglichst vielen verschiedenen Quellen ein umfassendes Bild von der menschenrechtlichen Lage in der Volksrepublik China und von der Lage der Tibeter zu machen.*

Mehltretter, SPD: *Tibet ist ein Teil Chinas und die tibetische Exilregierung ist international nicht anerkannt. Die SPD unterstützt den Anspruch der Tibeter*innen auf politische, religiöse und kulturelle Autonomie. Daher treten wir für das Recht der Bundesregierung und der Bundestagsabgeordneten ein, sich auch mit legitimen Vertreter*innen der tibetischen Bevölkerung zu treffen.*

L. Eckert, Grüne: *Vertreter*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der Vergangenheit Herrn Lobsang Sangay zu Gesprächen getroffen und würden entsprechend auch mit Herrn Penpa Tsering das Gespräch führen. Mögliche Gesprächswünsche von Herrn Penpa Tsering mit Vertreter*innen der Bundesregierung müssten im Einzelfall geprüft werden, für grundsätzlich ausgeschlossen halten wir GRÜNE sie nicht.*

Schmidt, FDP: *Ich persönlich begrüße den Austausch. Selbstverständlich muss ein Treffen mit der Fraktion abgesprochen werden. Damit wir gemeinsam mehr bewirken und sich Gespräche jedweder Art für die Menschen in Tibet positiv auswirken können. Angela Merkel hat im Jahr 2007 mit dem Treffen des Dalai Lama gezeigt, dass Deutschland Zeichen setzen kann. Ich wünsche mir mehr dieser klaren Positionierungen in unserer Zeit. Insbesondere angesichts eines autoritären Regimes der KP Chinas.*

K. Ecker, Freie Wähler: *Ich erwarte von der neuen Bundesregierung das Gespräch und den konsequenten Rückhalt für den neuen Präsidenten Penpa Tsering und würde auch persönlich an diesen Terminen teilnehmen.*

Huber, AFD: *Als Mitglied des Familienausschusses, des Petitionsausschusses, der Kinderkommission und des Nationalen Rates bin ich schwerpunktmäßig mit Familienpolitik beschäftigt. Eine Rücksprache mit dem außenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Jürgen Braun hat ergeben, dass er Herrn Penpa Tsering sehr gerne treffen würde.*

Graßy, DIE LINKE: *Wir setzen auf Dialog und Diplomatie in den internationalen Beziehungen. Ein Treffen mit einer tibetanischen Exilregierung, die international nicht anerkannt ist, wäre allerdings nur schwer mit unserer Maßgabe der Ein-China-Politik vereinbar, da es den Eindruck erwecken könnte, eine Abspaltung Tibets von China zu unterstützen.*



3) In welchem Rahmen werden Sie und Ihre Partei sich für eine erneute Aufnahme des Dialogs zur Lösung des sino-tibetischen Konflikts zwischen Vertreter*innen der VR China und der tibetischen Exilregierung einsetzen?

CDU/CSU: *Dialog mit den Tibetern und ihren Vertretern eine Autonomielösung für Tibet zu suchen. Diese Praxis werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.*

Mehltretter, SPD: *Tibet ist ein Teil Chinas und die tibetische Exilregierung ist international nicht anerkannt. Die SPD unterstützt den Anspruch der Tibeter*innen auf politische, religiöse und kulturelle Autonomie. Daher treten wir für das Recht der Bundesregierung und der Bundestagsabgeordneten ein, sich auch mit legitimen Vertreter*innen der tibetischen Bevölkerung zu treffen.*

L. Eckert, Grüne: *Wir GRÜNE wünschen uns einen konstruktiven Dialog zwischen Vertreter*innen der tibetischen Exilregierung und Vertreter*innen der VR China. Es gibt ja grundsätzlich eine umfangreiche Reihe an bilateralen sowie multilateralen Gesprächsformaten mit Vertreter*innen der VR China. Die Bundesregierung sollte bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Rechte der Tibeter*innen zur Sprache bringen und ihre Erwartung zum Ausdruck bringen, dass mit der tibetischen Exilregierung ein direkter Dialog zustande kommt.*

Schmidt, FDP: *Losgelöst von der regelmäßigen Ansprache und öffentlichen Problematisierung des Zustands und der Auseinandersetzung in den Medien braucht es für eine Konfliktlösung Gesprächsbereitschaft auf beiden Seiten. Dazu lassen sich insbesondere die bestehenden diplomatischen Beziehungen nutzen. Als zweite Komponente bietet sich eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der Darstellung Tibets in den Konfuzius-Instituten an.*

K. Ecker, Freie Wähler: *Deutschland, als einer der wichtigsten Handelspartner Chinas kann bei diesem Konflikt als Vermittler eine Schlüsselrolle spielen- aber mit friedlichen Lösungsansätzen. Dazu gehört Rückgrat und Durchsetzungsvermögen von deutscher Seite, für die wir und ich uns einsetzen werden.*

Huber, AFD: *Die chinakritischen MdB des MR-Ausschusses haben alle lebenslanges Einreiseverbot nach China. China diktiert auch in Deutschland die Bedingungen von Dialogen. Der MR-Ausschuss macht immer wieder Angebote an die Botschaft in Deutschland, die dann, wenn die Bedingungen nicht stimmen, leider abgelehnt werden.*

Graßy, DIE LINKE: *DIE LINKE setzt sich für die Anerkennung der kulturellen Autonomie und das innere Selbstbestimmungsrecht der tibetischen Bevölkerung innerhalb der territorialen Integrität und Souveränität Chinas ein. Die Tibet-Frage muss mittels Dialoges und unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Maßgaben gelöst werden. DIE LINKE setzt auf friedliche und politische Konfliktlösungen.*



4) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um der Einmischung der chinesischen Regierung in die Religionsfreiheit der tibetischen Buddhist*innen –insbesondere das Vorhaben, die Reinkarnation des nächsten Dalai Lama zu bestimmen –entgegenzuwirken?

CDU/CSU: *CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch die künftige Bundesregierung weltweit für Religionsfreiheit eintritt. In ihren Kontakten mit der chinesischen Regierung soll sie ihren Einsatz für die Religionsfreiheit der Tibeter fortführen. Dazu gehört auch das Recht der tibetischen Buddhisten, die Reinkarnation des nächsten Dalai Lama selbst zu bestimmen.*

Mehltretter, SPD: *Selbst das umstrittene 17-Punkte-Abkommen von 1951 garantiert formell die Glaubensfreiheit und den Status des Dalai Lama. Daran muss sich die chinesische Regierung messen lassen. Von religiösen Freiheiten kann in Tibet jedoch heute keine Rede mehr sein, die Religionsausübung wird strengstens kontrolliert. Besonders hart sind die Repressionsmaßnahmen gegen buddhistische Klöster, die weiterhin eng dem Dalai Lama verbunden sind. Diese Grundrechtsverletzungen werden wir als SPD weiterhin sowohl in Gesprächen mit chinesischen Regierungsvertreter*innen als auch innerhalb des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs ansprechen. Bundesaußenminister Maas hat im Menschenrechtsrat noch im Juni 2021 das überregionale joint statement zu Menschenrechten in China, in dem Tibet konkret benannt wird, unterstützt.*

Mit Interesse beobachten wir, wie das US-Repräsentantenhaus den am 29.01.2020 verabschiedeten Gesetzentwurf, der die Sanktionierung chinesischer Regierungsvertreter:innen vorsieht, die sich in die Nachfolgesuche des Dalai Lama einmischen, umsetzen wird.

L. Eckert, Grüne: *Wir GRÜNE drücken unsere tiefe Bewunderung für den gewaltfreien Widerstand des tibetischen Volks und seinen Willen zur Selbstbestimmung in Anbetracht der massiven Menschenrechtsverletzungen in Tibet aus. Mit Beharrlichkeit, Charme und Geradlinigkeit kämpft der Dalai Lama seit vielen Jahrzehnten unermüdlich für die elementaren Bürgerrechte der Tibeter*innen. Wir werden jeden folgenden Dalai Lama mit Offenheit und Vertrauen unterstützen. Wir fordern - wie auch in Xinjiang und zunehmend in Hongkong - ein Ende der Unterdrückung der Menschenrechte in Tibet, Aufklärung der Verbrechen und Gerechtigkeit für die Verfolgten. Dazu gehört auch die Gewährleistung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit als Teil der universellen und unteilbaren Menschenrechte.*

Schmidt, FDP: *Zum einen gilt es, in den Medien auf diese Problematik hinzuweisen. Zum anderen müssen wir internationale und europäische Resolutionen unterstützen, die sich für Religionsfreiheit einsetzen und die Einmischung in die Religionsfreiheit kritisieren.*

K. Ecker, Freie Wähler: *Hier sehe ich beschränkte Möglichkeiten unseres Einflusses, denn in China und vor allem in Tibet sind die Rechte auf freie Religionsfreiheit und der dafür notwendige Respekt massiv eingeschränkt. Dennoch sollten wir uns nicht scheuen, dieses Thema immer wieder mit Vertretern der VR China laut und deutlich anzusprechen. Leider kennen wir ja das respektlose und vernichtende Verhalten der chinesischen Regierung auch gegenüber anderen Religionen.*



Huber, AFD: *Selbstverständlich obliegt es alleine den Buddhisten ohne äußere Einmischung die Reinkarnation des nächsten Dalai Lama zu bestimmen. Soweit mir bekannt ist, wird dazu von den Mönchen eine Findungskommission gegründet.*

Graßy, DIE LINKE: *DIE LINKE setzt sich für die Anerkennung der kulturellen Rechte und des Rechts auf freie Glaubensausübung der tibetischen Bevölkerung und der anderen Minderheiten ein. DIE LINKE tritt zudem für die Trennung von Politik und Religion ein.*

5) Wie bewerten Sie das Einwirken der KP Chinas auf den internationalen Menschenrechtsdiskurs? Werden Sie für die Einrichtung eines unabhängigen Beobachters/einer unabhängigen Beobachterin bei den Vereinten Nationen mit Blick auf die Menschenrechtssituation in der VR China eintreten, so wie von 50 UN-Menschenrechtsexpert*innen im Juni 2020 gefordert?

CDU/CSU: *Für CDU und CSU ist klar: Die Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Dem Versuch autoritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, treten wir entschieden entgegen. Hierfür wollen wir die Menschenrechtsmechanismen stärken. Die Lage der Menschenrechte in Tibet in den Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere im Menschenrechtsrat, zu thematisieren, unterstützt die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag seit langem. Der Zugang von Vertretern der Vereinten Nationen, darunter der Sonderberichterstatter, bleibt wichtig, um die Lage der Menschenrechte in Tibet oder anderen Teilen Chinas bewerten zu können.*

Mehrtretter, SPD: *Auf multilateraler Ebene fordert China die Bemühungen um die Achtung der Menschenrechte immer stärker heraus. Es versucht die Finanzierung des UN-Systems für Menschenrechte einzuschränken, erkennt die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nicht an und gewährt internationalen Gremien keinen uneingeschränkten Zugang zur Prüfung von Menschenrechten. Diskursmächtig verlagert China den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Rechte und fördert das Prinzip der Souveränität – und ist mit diesem Ansatz im Menschenrechtsrat zunehmend erfolgreich.*

*Deutschland und Europa müssen sich diesen Versuchen entschieden entgegenstellen und die Menschenrechtsverletzungen in China weiterhin deutlich ansprechen – sei es bilateral, wie im Menschenrechtsdialog, oder multilateral in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern. Die SPD befürwortet ausdrücklich die unabhängige Beobachtung der Menschenrechtssituation in China durch die Vereinten Nationen und fordert den Zugang nach Tibet für Medien, Politiker*innen und Diplomaten*innen.*

L. Eckert, Grüne: *Die chinesische Regierung versucht systematisch internationale Standards zu schwächen: Sie missachtet völkerrechtliche Verträge wie die chinesisch-britische Gemeinsame Erklärung zu Hongkong oder versucht "alternative Narrative" zu Menschenrechten im Menschenrechtsrat zu etablieren, um damit universelle Menschenrechte in Frage zu stellen. Wir verurteilen, dass die chinesische Regierung Staaten mittels wirtschaftlichen Drucks oder Schuldenpolitik beispielsweise bei Abstimmungen im Menschenrechtsrat beeinflusst. Wir GRÜNE unterstützen die Forderung, eine unabhängige Untersuchungskommission*



*on zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einzusetzen, um die schweren Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und strafrechtlich Verantwortliche zukünftig zur Rechenschaft ziehen zu können. China sollte auch allen weiteren UN-Sonderberichterstatte*innen Zutritt gewähren und mit den jeweiligen UN-Vertragsorganen kooperieren.*

Schmidt, FDP: *Der Schlüssel ist aus meiner Sicht eine neue starke Allianz der Demokratien. Dafür braucht die EU eine gemeinsame außenpolitische Stimme mit tragfähigen transatlantischen Beziehungen. Unsere Aufgabe als EU ist es, den Entwicklungs- und Schwellenländern als Alternative zur KP Chinas attraktive demokratische Angebote zu machen. Die Forderung nach einem oder einer unabhängigen Beobachter*in unterstütze ich.*

K. Ecker, Freie Wähler: *Die Einrichtung eines unabhängigen Beobachters/einer unabhängigen Beobachterin bei den Vereinten Nationen sehe ich auf Grund der Gegebenheiten mehr als gerechtfertigt und die Realisierung soll uns durch das Einwirken der KP Chinas nicht davon abhalten.*

Huber, AFD: Beobachter: *Ja. Der Einfluss Chinas ist in vielen Bereichen äußerst kritisch zu sehen. China ist seit 2021 Mitglied des UN-MR-Rates. Die KPC versucht insgesamt die UN nach seinen Vorstellungen auszurichten, hat dies auf dem letzten Parteitag auch so bekundet.*

Graßy, DIE LINKE: *Internationale Menschenrechte und das Völkerecht müssen für alle Staaten verbindlich sein. Menschenrechte sind universell und unteilbar. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der UNO und ihrer Organe ein. Dies betrifft selbstverständlich auch die Möglichkeiten von Vertreterinnen und Vertretern der UNO, in jedem Mitgliedsland die Menschenrechtssituation ggf. vor Ort untersuchen zu können. Dies schließt die Volksrepublik China und die Menschenrechtslage in der Tibet-Region mit ein.*

6) Werden Sie für einen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking 2022 –auch einen „diplomatischen Boykott“ (keine Entsendung von Regierungsvertreter*innen oder Parlamentarier*innen)–eintreten?

CDU/CSU: *Über den diplomatischen Umgang mit den Olympischen Winterspielen in Peking 2022 wird die neue Bundesregierung entscheiden.*

Mehrtretter, SPD: *Seit den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking hat sich die Lage der Menschenrechte in China drastisch verschlechtert und die chinesische Regierung tritt nach außen zunehmend aggressiver auf. Die Olympischen Winterspiele in Peking 2022 dürfen daher nicht zu einem propagandistischen Erfolg für die chinesische Regierung werden. Gleichzeitig wollen wir nicht die Sportler*innen aus aller Welt bestrafen, die sich seit Jahren auf die Wettbewerbe vorbereiten. Wenn sich die Menschenrechtslage nicht grundlegend ändert, befürworte ich ein Fernbleiben von Regierungsvertreter*innen und Parlamentarier*innen, wie es das Europäische Parlament in einem parteiübergreifenden Aufruf gefordert hat.*



L. Eckert, Grüne: *Es ist für uns GRÜNE schwer vorstellbar, die Olympischen Winterspiele 2022 in China politisch wahrzunehmen, solange in China eklatante Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Eine diplomatische (v.a. konsularische) Wahrnehmung könnte nötig sein, falls die Sportler*innen oder Stäbe drum herum beispielsweise Unterstützung durch die deutschen Auslandsvertretungen in China benötigen.*

Schmidt, FDP: *Schlussendlich wird diese Frage in der Fraktion entschieden. Ich selbst werde mich in der Fraktion für den diplomatischen Boykott stark machen.*

K. Ecker, Freie Wähler: *Nein, denn ich setze auf Gespräche und Diplomatie und hier müssen alle gegebenen Möglichkeiten sinnvoll genutzt werden. Für mich führen die meisten Boykotte -eher zu einer Verschlechterung der gegebenen Situationen und bringen größtenteils keine besseren Lösungen.*

Huber, AFD: *Ich würde einen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking nicht befürworten. Nur in diplomatischen Gesprächen kann man die Menschenrechtsverletzungen ansprechen. Sport sollte nicht politisiert werden.*

Graßy, DIE LINKE: *Große Sportereignisse finden regelmäßig auch in Ländern statt, die eine schlechte Menschenrechtsbilanz aufweisen, wir erinnern an die Handball-WM in Ägypten Anfang des Jahres oder an die Fußball-WM in Katar im kommenden Jahr. Große Sportevents sollen die Völker der Welt zusammenbringen. Sie bieten die Gelegenheit, die Situation an den Austragungsorten für eine Menschenrechtsdebatte zu nutzen, die von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet ist. Austragungsorte zu boykottieren, und sei es auch "nur" diplomatisch, ist dabei eher kontraproduktiv.*

7) Auf welche Weise sollte die Bundesregierung, bilateral und multilateral die systematische Missachtung der Rechte der Tibeter*innen bei der Umsetzung von Entwicklungs-, Klima- und Umweltpolitik thematisieren?

CDU/CSU: *CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die chinesische Regierung die Tibeter bei der Planung und Umsetzung von Projekten einbindet und Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Umwelt in Tibet unternimmt. Die Bundesregierung sollte dies auch künftig stets bilateral und multilateral in den Gesprächen mit der chinesischen Regierung thematisieren.*

Mehrtretter, SPD: *Im Kampf gegen den Klimawandel ist eine Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung unerlässlich. Wir dürfen aber deshalb nicht die Augen gegenüber den systematischen Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung von Minderheiten verschließen. Die SPD setzt sich daher dafür ein, dass Menschenrechte elementarer Bestandteil in allen Bereichen der deutschen und europäischen Kooperation mit China sind. Wir werden in der Bundesregierung weiterhin Missstände sehr deutlich in bilateralen Gesprächen wie auch in multilateralen Foren thematisieren. Um den Druck auf China zu erhö-*



hen, ist zudem eine einheitliche Position und ein gemeinsames Vorgehen mit unseren europäischen und internationalen Partnern entscheidend. Dank des neuen Lieferkettengesetzes, das die SPD in dieser Legislaturperiode erfolgreich vorangetrieben hat, stehen deutsche Unternehmen, die in China tätig sind, künftig noch stärker in der Verantwortung, ihren Sorgfaltspflichten bei Menschenrechten sowie der Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards nachzukommen.

L. Eckert, Grüne: Die Bundesregierung sollte alle geeigneten bilateralen und multilateralen Gesprächsformate nutzen, um auf die Unterdrückung der Tibeter*innen aufmerksam zu machen. Eine zentrale Rolle spielen hierbei der UN-Menschenrechtsrat sowie der dritte Ausschuss der UN-Generalversammlung. Auch Gipfelformate wie die anstehende UN-Biodiversitätskonferenz (COP15) in China müssen genutzt werden, um auf konkrete Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsumsiedlungen von Tibeter*innen unter dem Deckmantel von Klimaschutz aufmerksam zu machen. Auf der COP15 müssen Biodiversitäts- und Klimaschutz menschenrechtskonform ausgerichtet werden.

Schmidt, FDP: Ich sehe zwei relevante Optionen. Zum einen, indem diese Problematik auf allen diplomatischen Bühnen angesprochen wird. Zum anderen, durch die Einführung von Sanktions-Kriterien. Diese könnten bspw. gegenüber der K Chinas personenbezogen umgesetzt werden, vgl. zum Magnitsky Act.

K. Ecker, Freie Wähler: Bei allen in diesem Zusammenhang gegebenen Möglichkeiten können sie natürlich thematisiert werden, ich befürchte aber, dass das wohl keine entscheidende Rolle spielen wird. Hierzu sind vor allem sehr viel Diplomatie und Verhandlungsgeschick gefragt.

Huber, AFD: Als AfD stehen wir selbstverständlich für einen sorgfältigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Die Einhaltung der Umweltschutzziele ist eine Menschheitsaufgabe, daher ist die UN, sowie die zahlreichen multilateralen Umweltschutzkonferenzen das richtige Forum um die Einhaltung der Ziele zu diskutieren. Den Klimawandel halten wir aber nicht für anthropogen.

Graßy, DIE LINKE: Das geht am besten an den Punkten, an denen Deutschland mit China zusammenarbeitet. Wir sind generell der Meinung und achten darauf, dass Entwicklungs-, Klima- und Umweltmaßnahmen nicht auf Kosten der Menschen in der betreffenden Region gehen dürfen. Sollten entsprechende Projekte mit deutscher Beteiligung (etwa über die KfW, Kreditbürgschaften oder indirekt über internationale Entwicklungsbanken, an denen Deutschland beteiligt ist) stattfinden, müssen wir entsprechende Konsequenzen ziehen, indem wir uns etwa aus der betreffenden Kooperation zurückziehen.

Abgesehen davon unterstützen wir internationale Vereinbarungen, die das Augenmerk auf die

Menschenrechte im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten lenken, wie die ILO-Konvention 169 über die Mitspracherechte indigener Bevölkerungsgruppen oder den Treaty-Prozess zur menschenrechtlichen Haftung von Unternehmen.



8) Sehen Sie eine Chance, die Freisinger Landkreispartnerschaft WeiFang zu nutzen, um mehr über Menschenrechte, die dortigen Arbeitslager und z.B. die Einführung des Sozialpunktesystems zu diskutieren? Oder welche anderen Themen könnten bei der Partnerschaftsentwicklung eine Rolle spielen?

Irlstorfer, CSU: Grundsätzlich begrüße ich es, dass der Landkreis Freising bereits im Jahr 1987 die Partnerschaft mit der Stadt Weifang gründete. Aus meiner Sicht ist es gerade auch auf regionaler und kommunaler Ebene von großer Bedeutung internationalen Austausch zu betreiben. Niedrigschwellig können so die Vorteile von Kooperation und Dialog gelebt werden. Gleichzeitig möchte ich jedoch feststellen, dass die anhaltende Kritik an der Partnerschaft aufgrund potenzieller Menschenrechtsverletzungen in Arbeitslagern der Stadt Weifang ernst genommen werden muss. Der offene Dialog ist wichtig, vor allem wenn es um existenzielle Themen, wie beispielsweise Menschenrechte, geht. Hier muss der Landkreis aktiv werden und Informationen einholen. Aus meiner Sicht liegt hier die Handlungskompetenz beim Landrat. Auf Augenhöhe geführte Gespräche mit allen Beteiligten müssen zeitnah geführt werden, um klare Verhältnisse zu schaffen und um langfristig über das Bestehen und die Ausgestaltung der Partnerschaft zu entscheiden.

Andreas Mehlretter, SPD: Städte-/Landkreispartnerschaften dienen immer dem Austausch und der gemeinsamen Verständigung. In diesem Rahmen müssen aber natürlich auch schwierige Themen wie die Menschenrechtslage angesprochen werden. Auf diesem Wege kann hoffentlich auch die kommunale Ebene zu Verbesserungen für die dort betroffenen Menschen beitragen.

L. Eckert, Grüne: Die Partnerschaft zwischen Weifang und dem Landkreis Freising wurde im Jahr 1987 geschlossen. In dieser Zeit tauten die Beziehungen zwischen West und Ost auf. Der Austausch mit anderen Völkern und Kulturen ist für uns ein wichtiger Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung. Der Austausch mit Weifang kann daher dazu dienen auch kritische Themen, wie die Situation der Uiguren, die Arbeitslager in Xinjiang, die Unabhängigkeit Hongkongs und die Ein-China-Politik gegenüber Taiwan mit den Politikern vor Ort zu besprechen. Auch im Hinblick auf die fortschreitende Erderwärmung und Chinas Beitrag zum CO2 Budget halte ich den Austausch und Dialog auf Augenhöhe für einen wichtigen Ansatzpunkt. Daher unterstütze ich weiterhin die Landkreispartnerschaft als einen Weg der Kommunikation. Gleichzeitig bin ich mir dessen bewusst, dass unsere Stimmen ohne eine klare Position auf Bundesebene wenig Gewicht haben werden. Deswegen brauchen wir auch auf Bundesebene eine klare Haltung für Menschenrechte in der Auseinandersetzung mit China.

Schmidt, FDP: Solche Themen und Themen der jahrelangen Unterdrückung auf verschiedenste Arten sollten auch lokal und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Region thematisiert werden.

K. Ecker, Freie Wähler: Diese Frage müsste zunächst einmal vom Landkreis beantwortet werden. Seit längerer Zeit sehe ich bei der Freisinger Landkreispartnerschaft WeiFang keine Aktivitäten mehr. Insgesamt bewerte ich die Diskussion der angesprochenen Themen auf dieser Ebene eher schwierig, weil sie ursprünglich als Austausch der beiden Kulturen gedacht war, was aber die beteiligten Menschen näherbringt, vielleicht dann auch in diesen



Fragen.

Huber, AFD: Die Landkreispartnerschaft ist an und für sich eine sehr gute Sache. Das Sozialpunktesystem ist ein besorgniserregendes Thema, da es tief ins Leben der Bevölkerung eingreift. Der Überwachungsstaat orwellischer Ausprägung wird dabei zur Realität. Inzwischen wird selbst in Deutschland (vgl. Papier des Bildungsministeriums) so eine menschenverachtende Politik diskutiert.

Graßy, DIE LINKE: Grundsätzlich kann Kritik, beispielsweise an den angesprochenen Arbeitslagern, auf allen Ebenen, wo politische Entscheidungsträger verschiedener Länder zusammenkommen, angesprochen werden. Diese Kritik sollte aber so vorgebracht werden, dass der Gesprächsfaden nicht abreißt und weiter Kooperation und Zusammenarbeit möglich sind. Denn bei Landkreispartnerschaften geht es vor allem darum, Menschen verschiedener Kulturen z. B. durch gegenseitige Besuche zusammenzubringen. Wir sehen dies als einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung, der auch gelingen kann, wenn notwendige Kritik geäußert wird.

Daniel Weigelt (DIE PARTEI) hat es vorgezogen folgendermaßen pauchal zu antworten, anstatt auf unsere Fragen konkreter einzugehen:

Sehr geehrte Damen und Herren

vielen Dank für Ihre Anfrage. Es ist mir persönlich sehr wichtig, dass Sie an mich glauben und in mir die Chance sehen, die Regierung in Deutschland zu übernehmen.

Ich möchte Ihnen gegenüber aber nicht den Eindruck erwecken, dass ich mich in der Thematik Tibet vs. China auskenne. Meine politischen Berater:innen meinten auf meine Nachfrage nur: "Komm Brudi, Rauch noch einen mit". Aber zumindest lächeln sie genauso schön wie der Dalai Lama. Ich hoffe auf Ihr Verständnis, dass ich die Fragen nicht im Einzelnen beantwortete.

Mir ist durchaus bewusst, dass unsere chinesischen Handelspartner:innen ein eher angespanntes Verhältnis zu Menschenrechten haben. Beispielsweise sei hier auf das Schicksal der Uiguren verwiesen. Von Seiten Deutschlands wird es da ausser einem erhobenen Zeigefinger und einem "Dududu!" wohl in absehbarer Zeit nichts geben. Zu wichtig sind hier die Handelsbeziehungen. Fragen sie mal bei der fdp, die werden Ihnen sicher verraten, dass der Markt das regelt. Na ja... That's Life.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben soll, so (frei) zu leben, wie es der Mensch möchte. Immer unter der Voraussetzung: Solange es anderen Menschen nicht schadet! Das gilt selbstverständlich auch für die Tibetaner. Und, ich verweise ausdrücklich darauf, auch für die Tibetanerinnen.

Apropos, was ist denn eine Frau in der tibetisch-buddhistischen Gesellschaft inzwischen wert? Sie wissen ja, Inflation und so.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle allerdings versichern, sollte ich als künftiger Bundeskanzler Möglichkeiten sehen, China mal ordentlich die Leviten zu lesen, werde ich das mit Vergnügen tun. Allerdings befürchte ich, solange wir in Deutschland Artikel 15 des Grundgesetzes nicht konsequent umgesetzt haben, werden die Handelspartner:innen der chinesischen Volksrepublik doch lieber auf ihren Aktiendepots schlafen. Auch wenn da ein wenig Blut der unterdrückten Minderheiten heraustropft.

*Insofern verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,
Daniel Weigelt*